

Bezugspreis: monatlich 10 Pf. — ohne Zustellgebühr. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Briefträger und unsere Auslagenstellen entgegen.
Abend-Ausgabe **Anzeigenpreis:** Die Spalte 34 mm breit und 10 mm hoch 70 Pf. Die Spalte 40 mm breit und 10 mm hoch 80 Pf. Abonnannten 8,00 M. Abonnannten 8,00 M. Abonnannten 8,00 M.
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 2320
Große Berliner Geschäftsstelle: — Delia u. Druck von Otto Uebels, Halle-Saale

Der „Ausgleich“ Berlin-München

Eine Niederlage Bayerns

Die Aussprache im bayerischen Landtagsauschuß

München, 28. September.
 Der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtags trat gestern zusammen, um über den Berliner Kompromiß Beschluß zu fassen. Der Kompromiß lautete: Am 29. August 1921 werden zurückgenommen und durch eine neue Verordnung ersetzt. Die neue Verordnung soll die aus dem Entwurf, der zugleich dem Landtag vorgelegt wird, ersichtliche Fassung erhalten und spätestens am 29. September 1921 erlassen werden.
 Die bayerische Staatsregierung wird die Verordnung über den Ausnahmestatus spätestens am 6. Oktober mit Wirkung vom 15. Oktober 1921 außer Kraft setzen.
 Die Zustimmung des bayerischen Gesamtministeriums und des Verfassungsausschusses des bayerischen Landtags zu dem vorerwähnten Entwurf der neuen Verordnung und zur Aufhebung des Ausnahmestatus in Bayern wird dem Reichstagler rechtzeitig am 28. September mitgeteilt werden.
 Zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Staatsregierung besteht nach Heberer'scher Mitteilung, daß die Landesregierungen nach Artikel 48 Absatz 4 der Reichsverfassung nach wie vor berechtigt sind, bei Gefahr in Verzug aus weichen einheimliche Maßnahmen zu treffen, die über den Inhalt der neuen Verordnung hinausgehen. Die Reichsregierung wird solchen Maßnahmen gegenüber eine locale Haltung einnehmen.
 Die bayerischen Volksgenossen stehen mit dem auf Artikel 48 Absatz 4 der Reichsverfassung gestützten bayerischen Ausnahmestatus nicht im Zusammenhang und werden daher durch die hierüber geführten Verhandlungen nicht berührt.
 Das Gesamtministerium hat den Vereinbarungen am 27. September zugestimmt.
 Die Reichsregierung wird auf Grund dieses Kompromisses folgende Erklärung erlassen:
 § 1 hat die Abänderung erfahren, daß statt der Worte: „Vertreter der republikanisch-demokratischen Verfassung“ gesetzt worden ist: „Personen des öffentlichen Lebens“.
 § 4 lautet in der neuen Fassung:
 „Aufständig, für Verbrechen nach §§ 1 und 8 und für Verbrechen nach § 2 sind die Landeszentralbehörden und die von ihnen bestimmten Stellen. Der Reichsmilitär des Innern kann die Landeszentralbehörden um den Aufbruch eines Aufstandes oder eines bayerischen Verfalls zu verhindern, die Landeszentralbehörden sollen solchen Verbrechen nicht entgegen zu können, so teilt sie dies spätestens am zweiten Tage nach Empfang des Urteils dem Reichsmilitär des Innern mit und stellt gleichzeitig die Entscheidung des in § 7 bezeichneten Reichsmilitär des Innern für den Aufbruch für den Verfall oder die Verfallnahme, so hat die Landeszentralbehörde die erforderlichen Maßnahmen sofort zu treffen.“
 § 7 lautet in der neuen Fassung:
 Gegen ein Verbot nach §§ 1 und 8 und eine Verfallnahme nach § 7 ist die Beschwerde zulässig, sie hat keine aufschiebende Wirkung. Die Beschwerde ist bei der Landeszentralbehörde einzulegen. Diese kann sie außer im Falle des § 4 Absatz 2 ablehnen. Andernfalls hat sie die Beschwerde unter Zugrundelegung des vom Reichsamt befallenen Aufstandes, Verfalls oder Verfallnahme mit der Mitteilung des Aufstrebens und der Stellungnahme aus seiner Mitte. Der Aufbruch entscheidet

in der Besetzung von 7 Mitgliedern, die nach eigener freier Heberzeugung erkennen.
 § 9 lautet:
 Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft und an die Stelle der Verordnungen vom 29. und 30. August 1921. Die Artikel 1 bis 8 und 12 bis 18 der Reichsverfassung werden somit in die Bestimmungen der Verordnung miteingepreßt, außer Kraft gesetzt.
 Die Beratungen nahmen etwa 2 1/2 Stunden in Anspruch, die Debatte verlief außerordentlich ruhig und sachlich. Der Reichsmilitär des Innern Dr. Gumbel gab den Gang der bisherigen Verhandlungen nochmals bekannt und hat um Annahme des Berliner Kompromisses und der Aufhebung der Reichsverordnung. Mit größter Spannung wurde der politischen Reich des Reichspräsidenten entgegengesetzt, der betonte, daß das föderale Prinzip festzuhalten werden müsse und daß die Änderungen an der Reichsverordnung auch diesem föderalen Prinzip Rechnung tragen. Es ergaben sich für Bayern nur zwei Möglichkeiten, entweder sich bereitwilligen zu lassen oder zu einem schiedlichen Ergebnis zu gelangen. Der zweite Weg wurde als unzulässig betrachtet. Nach dem Ausnahmestatus und dem Reichsamt, so habe Bayern außer diesem noch andere Maßnahmen in der Hand, die es im Notfall gebrauchen kann und auch gebrauchen dürfte. Der Reichspräsident wies auf seine Schiffe im Auge an die unersetzten Parlamentarier und darüber hinaus an das gesamte bayerische Volk, seinen Mut zu geben, daß nach Aufhebung des Ausnahmestatus noch andere Maßnahmen in der Hand, die es im Notfall gebrauchen kann und auch gebrauchen dürfte. Der Reichspräsident wies auf seine Schiffe im Auge an die unersetzten Parlamentarier und darüber hinaus an das gesamte bayerische Volk, seinen Mut zu geben, daß nach Aufhebung des Ausnahmestatus noch andere Maßnahmen in der Hand, die es im Notfall gebrauchen kann und auch gebrauchen dürfte.
 In der 2. Hälfte fanden sich die einzelnen Parteien ihrer Standpunkte vor, wobei sich Bayerische Volkspartei, Demokraten, Reichsbürgerpartei und Bayerischer Bauernbund mit dem Kompromiß und der neuen Fassung der Reichsverordnung befriedigt und einverstanden erklärten. Die Bayerische Volkspartei hatte nur noch in einem Punkte den Sonderwunsch, daß die Aufhebung des Ausnahmestatus dem pflichtmäßigen Ermeßen der bayerischen Staatsregierung überlassen bleibe, während die Unabhängigen einen Antrag auf sofortige Aufhebung des Ausnahmestatus einbrachten. Letztere wurden von der Reichsregierung abgelehnt. Die Bayerische Volkspartei bezeichnete das Kompromiß als das Minimum, das der ständige Landtagsauschuß am 11. September beschlossen habe. Im übrigen beantragte er die Giltigkeit, mit der auch jetzt wieder die ganze Angelegenheit erledigt wird.
 Die Abstimmung ergab Annahme des Kompromisses und der neuen Fassung der Reichsverordnung mit allen gegen die Stimmen der Bayerischen Mittelpartei und der Unabhängigen.
 Der Antrag der Bayerischen Volkspartei, daß die Festsetzung für die Aufhebung des Ausnahmestatus dem pflichtmäßigen Ermeßen der bayerischen Staatsregierung überlassen bleiben solle, wurde angenommen mit den Stimmen der Bayerischen Volkspartei und des Bayerischen Bauernbundes gegen die Stimmen der Reichsbürgerpartei, der Unabhängigen und der Demokraten bei Stimmhaltung der Bayerischen Mittelpartei.
 Sofort nach Schluß der Sitzung wurde das Ergebnis der Reichsregierung telegraphisch übermittelt.

Klärt das Volk auch! Betrachtungen über den Marxismus in Theorie und Praxis

Von Wolfgang Eichenhart.

Wenn Deutschland jemals wieder emporkommen soll, dann ist die allererste, unerlässliche Voraussetzung, daß im Innern alle großen, unter Volk in feindselige Teile trennenden und zersetzenden Spaltungen überwunden werden. Nur ein deutsches Volk, das dem Auslande in geschlossener Einheitlichkeit und durchdrungen von einem alle Stände verbindenden starken nationalen Willen gegenübersteht, kann hoffen, nach einem so furchtbaren Sturz wieder emporzukommen. Ein innerlich zerfallenes deutsches Volk, dessen einzelne Stände oder, wie heute, dessen politische Parteien sich in widerwärtiger Feindschaft bekämpfen, sich untereinander hassen, statt sich gegen das feindselige Ausland aufzumauern, schließen, wird vergeblich gegen das Elfenbein unserer Feinde sich auflehnen.
 So selbstverständlich diese einfache Wahrheit eigentlich ist, so sehen wir doch heute in Deutschland, daß unter radikalen Parteien gerade das Gegenteil tun und dem, was allein unser Vaterland retten kann. Sie fügen zur äußeren Unterwerfung Deutschlands unter das Joch der Feinde die nicht minder gefährliche innere Zerkleinerung hinzu und unterstützen damit willkürlich oder unwillkürlich den Vernichtungswillen unserer auswärtigen Gegner.
 Dieser Zustand Deutschlands ist so furchtbar, so bedrohlich für jede Möglichkeit, wieder emporzukommen, daß heute alle deutschen Patrioten nur ein Wort dafür einsetzen sollten, jene erschreckende innere Spaltung, an der wir krank sind und die sich in unseren Tagen in dem Kampfe gegen Bayern wieder so traurig entkiffelt hat, zu überwinden. Und es wird hier vor allen Dingen darauf ankommen, unter in den internationalistischen Lehren von Karl Marx, dem als unheilbar geltenden Parteipolit der Sozialdemokratie, besonnenen sozialistische Arbeiterpartei diesem internationalistischen und feindseligen Marxismus eine gesunde Sozialpolitik auf nationaler Grundlage zu gewinnen. Denn heute, wo wir nicht mehr wie vor fünfzig Jahren reiner Arbeiterstaat sind, sondern im eminentesten Sinne auch Industriestaat, ist die industrielle Arbeiterkraft zu einem so starken und einflussreichen Bestandteil unseres Volkes geworden, daß es unmöglich ist, eine geschlossene politische Einheit gegen das Ausland anders herzustellen, als indem man unter Arbeiterkraft mit dem Gedanken des nationalen Staates auftritt.
 Die Staatslehre von Karl Marx, einem rheinischen Juden, ist bekanntlich die, daß er drei Entwidlungsstufen der gesellschaftlichen und politischen Geschichte der Menschheit sich konstruiert. Die erste Stufe ist die Urgesellschaft, in der es noch keine unterschiedlichen Gesellschaftsklassen gibt. In dieser Urzeit lebt der Mensch noch im völligen Kommunismus. Auf diese Urzeit folgt die zweite Periode, die Periode des Klassenstaats. Die Gesellschaft beginnt sich in Klassen zu zerlegen, welche nichts anderes sind als der Ausdruck der einzelnen, mit der Produktion beschäftigten Berufe. Die einzelnen, mit der Erzeugung von Gütern befaßten gesellschaftlichen Gruppen schließen sich in Ständen und Klassen zusammen, welche über sich den Staat errichten, der für Marx nichts ist als der Ausdruck ihrer Klasseninteressen und diesen, bzw. der stärksten unter ihnen dient. Auf diesen Klassenstaat folgt die letzte Entwidlung, die Wiederaufhebung der herausgehobenen Klassen durch die nun als letztes Entwidlungsstadium einsetzende sozialistische dritte Periode. Diese sozialistische Entwidlung entlehnt dem Staat seines Klassencharakters, und führt ihn, indem sie das Privateigentum aufhebt, in den Schoß der nunmehr betriebenen Zukunfts-gesellschaft zurück. Marx geht sogar so weit, daß er meint, mit dieser Aufhebung der Klasseninteressen würde zugleich der Staat selbst, der ihnen doch bisher diente, und die Befonderheit seiner politischen Funktionen aufgehoben. Er sagt geradezu: „Es wird keine einheitliche politische Gewalt mehr geben, weil gerade die politische Gewalt der Ausdruck des Klassenkampfes innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft ist“ (vgl. Friedrich Engels: Staat und Sozialismus, Stuttgart und Berlin, 1921). Dieser dritte Zustand der Gesellschaft wird nun nach Marx durchgeföhrt durch die Klassenkämpfe der „Revolution“, die eine vorübergehende Klassenfiktur des Proletariats bringt, „als notwendigen Durchgangspunkt zur Abschaffung der Klassenunterschiede überhaupt.“ An die Stelle der sich untereinander bekämpfenden und ausbeutenden bürgerlichen Klassen, tritt in diesem dritten und letzten Stadium der gesellschaftlichen Entwidlung eine großartige, die gesamte Gesellschaft umspannende Klassifikation, in der die freie Entwidlung eines jeden die Bedingung für die freie Entwidlung aller ist, in der das Proletariatgenosse an allen Produktionsmitteln, d. h. das Kapital, in den Besitz der Gemeinshaft

Die Kosten der Rheinland-Befegung

Eine Denkschrift über die bis Ende März 1921 entstandenen Kosten der Rheinlandbefegung, die dem Reichstage zuging, gibt umfassende Aufschlüsse über diese Art von Unruhe-Schöpfung. Die Kosten für diese Expedition, gedacht als Beispiel für die Operationen, sind ausschließlich eine Gestalt an, die die deutsche Bekämpfungskraft und die Erfüllung der Bedingungen des Friedensvertrages ernstlich gefährdet. Schon jetzt nach 2 1/2 Jahren betragen diese Kosten mehr, als frühere Kriegsbekämpfungskosten insgesamt ausmachten. Es ist kein Zweifel, daß diese Kosten in dieser erheblichen Höhe nicht weiter getragen werden können, aber vorläufig denkt Frankreich an keine Einberung und beschleunigt den Zusammenbruch Deutschlands. Die Entente hat bis Ende März für ihre Befegungsbereitschaft 2 928 954 542 G. W. ausbezahlt, dazu kommen 7 818 911 829 Papiermark, die Deutschland für die Unterhaltung und Unterbringung der Truppen zahlen mußte. Die Denkschrift weist im einzelnen nach, welche hohen Ansprüche auf Quartier die Entente für ihre Truppen stellt, 120 000 Räume unterhält die Entente im Rheinland, davon Frankreich allein 88 000, ohne die Garnisonen rechts des Rheines (Sanftionsstruppen). Diese hohe Zahl entspricht keineswegs dem Zwecke der Befegung, Deutschland wird erzwungen, einen Teil der französischen Militärsachen zu tragen. Ebenso anspendbar wie das Militär ist die Rheinlandkommission, deren Mitglieder handlungslos sind. So verlangt Frankreich für zwei Mitglieder dieser Kommission nebst Personal 99 Zimmer. Der Oberpräsident mußte deshalb sein Dienstgebäude räumen. Das Daus mußte aus Schloßern ausgelagert werden, Kostenpunkt 1 1/2 Millionen Mark. Ähnliche Ansprüche erhoben die übrigen Staaten, wenn auch etwas bescheidener. So

folgte an diese hohe Kommission bis März d. J. 146 750 826 Mark. Zur Unterhaltung der Truppen hat Deutschland bis jetzt 8 167 597 040 Mark gezahlt, weit über im einzelnen weit für welche Zwecke, denn die Entente befristet ihre Befegung nicht, sondern kommt konstanten Kosten für Soldatenheim, Wäsche, Kasernen, Erziehung, Flugplätze, Erziehung der Einquartierungsstellen. Die im einzelnen angeführten Beispiele französischer Ansprüche auf Wohnungen sprechen Bände und zeigen, wie bedrohlich der von den Franzosen geäußerte Haß einherkommt. Die Entente hat sich bald befreit und die Befegungskosten wie verprochen auf jährlich 240 Millionen Goldmark begrenzt.

Das Weltwirtschaftselend

Weshalb hat eine von Völkern zusammengesetzte Konferenz von Industriellen und Militärs der Gewerkschaften in Washington gelangt, auf der die anlässlich der industriellen Krise zu treffenden Maßnahmen besprochen wurden. In seiner Eröffnungsansprache erklärte Präsident Harding, daß die Ziel der Arbeitlosen in den Vereinigten Staaten gegenüber einer normalen Zahl von 1 200 000 jetzt 5 Millionen betrage. Präsident Harding kennzeichnete die Arbeitslosigkeit als einen Teil der allgemeinen Wirtschaftskrise, die eine Folge der Zerschlagung der Weltwirtschaft durch den Weltkrieg war. Er betonte die Notwendigkeit, die Arbeitslosen zu beschäftigen, und unter dieser Erwägung über genehmigt werden. Er betonte als eine Folge des Krieges, der Wirtschaftswelt, daß die Arbeitslosenfrage und sagte, daß die Entwidlung der Arbeitslosen sein wichtigstes Mittel zur dauernden Verbesserung ihrer Lage sei.

urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192109282-16/fragment/page=0001

Landwirtschaftliche Mittelungen

Nr. 40

Mittwoch, den 28. September

1921

An unsere Landwirte!

Jeder, der bestrebt sein Leben vorwärts zu führen, muß sich heute fragen, ob die Versicherungsumme bei dem augenblicklich niedrigen Geldwert zur Erfüllung ihres eigentlichen Zweckes überhaupt noch hinreicht und ob nicht eine Nachversicherung nötig geworden ist.

Wir können unsere Mitglieder nur raten, eine Versicherung, für welche die jährlichen Prämien mit dem jetzigen geringwertigen Gelde, die spätere Versicherungsumme aber mit höherwertigem Gelde gesahlt wird, abzuschließen und empfehlen zum Abschluß dieser Versicherungen ganz besonders unsere Vertragsgesellschaften:

Die „Auna“, Lebens-, Pensions- und Leibrenten-Versicherungsgesellschaft a. G. in Halle a. Saale, die Preussische Lebensversicherungsgesellschaft in Berlin und die Gothaer Lebensversicherungsgesellschaft a. G. in Gotha.

Bei diesen Gesellschaften erhalten unsere Mitglieder auf Wunsch eines Vertrages an besonderen Vergünstigungen:

Bei der „Auna“ und „Preussischen“ 3 v. Z. der Versicherungsprämie im ersten Jahre und vom zweiten Jahre ab 2 v. Z. der Prämie. Bei der „Gothaer“ 3 v. Z. der Prämie ab zweites Versicherungsjahr.

Besonders weisen wir auf die sogenannte „Erbkassensicherung“ hin, die dazu abgeschlossen werden kann, daß beim Tode des Versicherungsnehmers die Summe der Versicherungssumme im ersten Jahre und 3 v. Z. der Prämie ab zweites Versicherungsjahr.

Besonders weisen wir auf die sogenannte „Erbkassensicherung“ hin, die dazu abgeschlossen werden kann, daß beim Tode des Versicherungsnehmers die Summe der Versicherungssumme im ersten Jahre und 3 v. Z. der Prämie ab zweites Versicherungsjahr.

Die unterzeichnete Stelle ist gerne bereit, Mitgliedern kostenlos und ohne Verbindlichkeit Auskunft zu erteilen. Insbesondere neuerer Ausstattungsrichtung ist es notwendig, daß in der Anlage gleichzeitig das Alter des Versicherungsnehmers, die Höhe der Versicherungssumme, sowie die Dauer der Versicherung angegeben wird, damit hiervon sofort die zu zahlende jährliche Prämie festgesetzt werden kann.

Verkaufsstelle des Reichs-Landbundes, Abteilung für Versicherungsfragen in Berlin SW. 11, Dossauer Straße 26.

Plan der Weimarer Herbsttagung der D. L. G.

Am den süd- und mitteldeutschen Mitgliedern erwünschte Gelegenheit zu geben, an den Beratungen der Sachordnung für die Rinderrinder-Ausstellung (22. bis 27. Juni 1922) in welchem Umfang teilzunehmen, hat die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft ihre diesjährige Herbsttagung nach Weimar einberufen. Neben den Fragen der Sachordnung und einer Einführung der Zweckmäßigkeit des Genfischer-Systems für die einzelnen Tiergattungen, Fragen, die in den verschiedenen Versammlungen der Tierärztlichen Abteilungen eine hervorragende Rolle spielen, enthält die Tagung eine Reihe ungemein wichtiger Gegenstände, die des allgemeinen Interesses der landwirtschaftlichen Kreise fähig sein dürften. Eine autogoniale Höhe landwirtschaftlicher Ausschüsse werden den Verhandlungen einen willkommenen

Nahmen bieten. Das von Leipzig her bekannte Dorfstoß und einige andere Veranstaltungen dürften dazu beitragen. Im Vordergrund der allgemeinen Verhandlungen steht die Tiergattung und ihre Erhaltung aus eigener Wirtschaft. In der Hauptversammlung, die am Sonnabend, den 16. Oktober, die Tagung abschließt, bildet den Verhandlungsgegenstand die mitteldeutsche Rinderzucht, deren geschichtliche Entwicklung, Nahrungsmittel- und Züchtungsfragen (H. v. H. Weimar) und deren Aufzucht (H. v. H. Weimar) b. Ruppell-Wollstrunnen behandeln wird. In der Futter-Abteilung (Donnerstag, den 13. Oktober) befaßt sich ein Lichtbildvortrag mit der Magenverbauung der Hausgärtner, den Prof. Dr. Schuler, Berlin, erhaltet, während Vortragsreferent Dr. Schuler die Fütterung der Schweine auf der Grundlage der Wirtschaftsmittelrichtlinien erläutern wird.

Neben einem Vortrage über zeitgemäßen Ackerbau in Thüringen (Oberratmann Wertheimer, Schwabach) bringt die Ackerbau-Abteilung am Donnerstag, den 13. Oktober, als Beitrag zur Frage der Viehzucht, die für die heimische Tierernährung gerade unter den gegenwärtigen Verhältnissen von ungemessen hoher Bedeutung ist, eine Schilderung der Erträge der Wirtschaftswirtschaft im Viehhofgebiete (Rittergutsbesitzer Rudolf H. Weitzel, bei Wahren). Auch die Düngung, die wichtige Frage der Tierernährung, und zwar durch Betrachtung der letzten Viehhofgebiete (Rittergutsbesitzer Prof. Dr. Ruppel, bei Wahren). Wie behandelt werden den Wirtschaftsbetriebes (Rittergutsbesitzer G. Weber, Jermolow).

In der Saatgut-Abteilung (Freitag, den 14. Oktober) erhaltet Prof. Dr. Noe, Halle den Bericht über die diesjährige Prüfung der Weizenmischungen, die für die Arbeiten der Saatgutinspektoren von besonderer Bedeutung ist. Daran schließt sich ein Doppelvortrag über züchterische Maßnahmen, die der Bekämpfung von Pflanzentransportmitteln dienen (Prof. Dr. v. Röhren, Rindern und Saatgutinspektor Dr. Seifous, Schlanstedt).

Die Milch- und Weiden-Abteilung behandelt in ihrer Versammlung am Donnerstag, den 13. Oktober, ebenfalls Nahrungsmittel, einmal neuere Gesichtspunkte in der Erziehung der Weiden (Administrationsrat Seufferheld, Weinhäus bei Trier), dann neuere Wege der Obstzucht (Prof. Dr. Bauer, Damsdorf). Die Viehrückbildung hat für ihre Versammlung am Freitag, den 14. Oktober, unter der Leitung der Sachordnung zwei Vorträge angefaßt, einen Lichtbildvortrag über die Viehrückbildung (Oberingenieur Kahler, Berlin) und einen Bericht über die Bedeutung von Aufzeichnungen beim Viehrückbildung (Rittergutsbesitzer Döber, Döberitz). Die Viehrückbildung endlich befaßt sich am Freitag, den 14. Oktober, mit der Berufsorganisation der Landfrauen (Frau v. d. H. Langen) und mit den wichtigsten Beziehungen zwischen Viehrückbildung und Viehzucht (Dr. Ruppel, Rindern). Neben diesen öffentlichen Versammlungen sind eine große Reihe von Besprechungen anberaumt. Die Tagesordnung ist bereits in Stück 37 der „Mittelungen“ abgedruckt und werden auf Wunsch von der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, Berlin SW., Dossauer Straße 14, kostenlos ausgeföhrt.

Saatenshandsbericht Mitte September 1921

Die überwiegend trockene Charakter, den die Witterung in Deutschland in den Sommermonaten gehabt hat, hat im großen und ganzen von Mitte August bis Mitte September angehalten, doch war das Wetter in Norddeutschland veränderlich und hat hier in vielen Gebieten Niederlage herbeigeföhrt, die aber meistens für die Vegetation und Herbstbestellung noch nicht genügend waren. Im Hinblick auf die Verschiedenheit der Niederschlag in einzelnen Produktionsgebieten wird es schwer sein, schon jetzt ein endgültiges Urteil über das Ergebnis der noch aus-

stehenden Safruchtarten zu fällen. Die Ernte von Herbstkartoffeln hat in manchen Gebieten bereits begonnen, während sie, besonders im Norden Deutschlands, in den größeren Betrieben voraussichtlich erst Ende September oder Anfang Oktober zur Ausföhren gelangen wird. Von unseren Berichtstellern haben 70 Prozent mitgeteilt, daß die Kartoffelernte geringer sein wird als 1920, während 10 Prozent melden, daß sie größer als im Vorjahre sei; 14 Prozent haben die Ernte so hoch wie im letzten Jahre eingeschätzt. Die Futter- und Zuckerrüben haben sich nach den letzten Niederschlägen gegen den Vormonat etwas erhöht, doch kann kaum von einer Mehrernte gesprochen werden. 25 Prozent der Berichtsteller bezeichnen den Stand der Futterrüben als gut gegen 57 Prozent der einen Jahre, und 87 Prozent gegen 6 Prozent bezeichnen ihn als schlecht. Die Zuckerrüben werden von 10 Prozent der Berichtsteller als gut beurteilt und von 42 Prozent als schlecht gegen 88 Prozent im Jahre 1920. Allgemein wird über die beträchtlichen Futterpflanzen geklagt. 74 Prozent der Berichtsteller (gegen 15 Prozent im Vorjahre) teilen mit, daß die Getreite kleiner als im Vorjahre ist. Der zweite Schritt ist teils ganz ausgefallen, teils als Weizenfutter verbraucht worden. Nur 10 Prozent der Berichtsteller melden, daß die Weizenfrucht reichlich sei und 84 Prozent, daß sie schlecht und ganz verkommen sei, während im September 1920 84 Prozent ein gutes Ergebnis und nur 21 Prozent ein schlechtes feststellten. Ein Mangel an Futterpflanzen macht sich schon jetzt allgemein bemerkbar. Das Vieh wird vielfach verkauft und der Viehstand vermindert. Die Bestellung der Winterfrucht ist in vollem Gange. 58 Prozent der Berichtsteller teilen mit, daß die Ausfaat des Wintergetreides begonnen habe gegen 45 Prozent im letzten Jahr. Die Winterfrucht wurde von 24 Prozent der Berichtsteller als genügend bezeichnet gegen 17 Prozent im August und 66 Prozent vor einem Jahre.

Lein- und Hanfsaat, welche bedeutsame Rolle bei der Gewinnung von Lein und Hanf spielen, ist zur Genüge bekannt. Die inländische Erzeugung dieser Pflanzen läßt sich nur erhöhen, wenn man, die Kenntnis der Ansprüche dieser Pflanzen an alle in Frage kommenden landwirtschaftlichen Verhältnisse, wie Boden, Klima, Pflanzung, Sauberhaltung, Düngung, Ernte, Aufbereitung und Verarbeitung des Materials immer ausgebauter und gründlicher wird.

Das im Bericht der Lehrmeister-Vereine von Bodmer & Thal, Leipzig, erscheinende Buch über „Lein- und Hanfsaat mit H. Schwabe und Hugo Kautz, Landwirtschaftslehrer“ ist ein trefflicher Ratgeber für den Landwirt und enthält alles Wissenswerte, das auf Grund praktischer Versuche und der neuesten Erfahrungen gesammelt worden ist. Neben der Beschreibung der Verarbeitung des Rohmaterials ist auch eine sehr ausführliche Anleitung des Weizens im Hause gegeben, die durch viele gute Zeichnungen und Bilder ergänzt wird. Der Preis dieses sehr lehrreichen Buches beträgt nur 1,20 M. Lesung und Landwirtschaft von H. Weitzel, Dr. h. c. h. (Vortrag des Landesgenossenschaft, Rannow, Preis 2 M., in Partien billiger). Zur rechten Zeit hat der bekannte Viehhalter und Volkswirtschaftler eine Broschüre geschrieben, die geeignet ist, die meisten Fragen der Viehhaltung gegen die Landwirtschaft zu erläutern. Der Verfasser schildert den Nachweis, daß die immer höher gehende Fütterungswirtschaft nicht zuletzt auf die Wirkungen des Viehhalter-Vertrages und die Unternehmung unter das Minimum zurückzuführen ist. Das Viehleinwohlt wertvolles Material und sollte von jedem Landwirt und Freunde der Landwirtschaft gelesen werden. Besondere Stellen die Fütterer und Viehhaltungsmeister des Landbundes nicht verfahren, sich das Buch anzuanschaffen. Es eignet sich auch zu agrarischen Zwecken und wird von Verlag in Partien bedeutend billiger abgegeben.

Verantwortlich: Ernst Pfefferkämmler

Berliner Automobil-Ausstellung

Interessenten der von mir vertretenen Automobilmarken



gebe ich davon Kenntnis, daß ich vom 23. September bis 2. Oktober

Berlin-Charlottenburg, Kaiserdamm 17,
gegenüber dem Ausstellungsgelände

eine Geschäftsstelle unterhalte und stehe ich dort jederzeit zwecks sachkundiger Beratung zur Verfügung.

Automobil-Mithras

MITHRAS VERKEHRSGES. 15, HANNOVER, CO. 15.

